



# Landtag von Baden-Württemberg

4. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 25. Mai 2011 • Haus des Landtags

---

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 11:21 Uhr

---

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	19
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Karl-Wilhelm Röhm . . . . .	19
<b>1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten . . . . .</b>	<b>19</b>
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	19
<b>2. Bestellung des Ständigen Ausschusses und Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ständigen Ausschusses. . . . .</b>	<b>31</b>
Nächste Sitzung . . . . .	31
Anlage	
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ständigen Ausschusses. . . . .	32

## Protokoll

über die 4. Sitzung vom 25. Mai 2011

Beginn: 10:03 Uhr

**Präsident Willi Stächele:** Liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag von Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen mich sehr erfreut, und ich danke Ihnen. Ich grüße Sie besonders herzlich. Ich eröffne die 4. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Wald erteilt.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Brunnemer.

Ab 12:00 Uhr ist Herr Minister Friedrich dienstlich verhindert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich dem Kollegen Karl-Wilhelm Röhm zu seinem heutigen runden Geburtstag gratuliere.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zuruf von der CDU:  
Zum 40.!)

Wenn jemand so gut aussieht wie er, darf man sagen, dass er 60 Jahre alt geworden ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Er gehört dem 51er Jahrgang, einem sehr guten Jahrgang, an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig,  
Herr Präsident! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:  
Beim Wein stimmt das aber nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vervielfältigt auf den Tischen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Justizministeriums vom 1. Februar 2011 – Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht Baden-Württemberg in Stuttgart; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag (§ 23 Abs. 2 FGO)

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit dem Auftrag, die Wahl der Vertrauensleute durchzuführen

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2011, Az.: 1 BvF 1/11 – Normenkontrollverfahren gegen die Zustimmungsgesetze und -beschlüsse der Länder zum ZDF-Staatsvertrag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Finanzministeriums vom 5. April 2011 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Haushaltsjahr 2010 – Drucksache 14/7691

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

4. Mitteilung der Landesregierung vom 10. Mai 2011 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Abs. 9 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksache 15/10

Überweisung an den Innenausschuss

5. Antrag der Landesregierung vom 20. Mai 2011 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 15/11

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Antrag der Landesregierung vom 24. Mai 2011 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 15/20

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, gern erteile ich Ihnen das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von unserem schwäbischen Landsmann Hermann Hesse stammt das Gedicht „Stufen“. Dort steht der für den Hesse-Ton so typische Satz: „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne.“ Ein anderer Dichter, dessen Wurzeln ebenfalls im schwäbischen Kulturkreis liegen, Bertolt Brecht, sprach einmal von den „Mühen der Ebene“.

Beides, verehrte Kolleginnen und Kollegen, habe ich in den letzten Tagen und Wochen verspürt: den Zauber des Anfangs, aber auch schon die Mühen der Ebene.

Ich freue mich über das gespannte Interesse und über das Wohlwollen, das der neuen Landesregierung und auch mir persönlich von vielen Bürgerinnen und Bürgern entgegengebracht wird. Wir nehmen dies als Ansporn und Verpflichtung.

Unser Koalitionsvertrag wurde weitgehend positiv aufgenommen. In ihm haben Grüne und Sozialdemokraten umfassend

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

und detailliert Ziele des Politikwechsels dargelegt. Ich danke noch einmal allen, die in den schwierigen und harten Verhandlungsrunden an diesem Vertragswerk mitgearbeitet haben, insbesondere dem Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg, Nils Schmid, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Claus Schmiedel, und den Landesvorsitzenden der Grünen, Silke Krebs und Chris Kühn.

Heute möchte ich Ihnen wichtige Grundlinien unserer Politik der nächsten Jahre skizzieren. Viele Menschen sind gespannt und neugierig, haben hohe Erwartungen an die neue Landesregierung und die Hoffnung auf einen neuen Politikstil. Die allermeisten wünschen uns Erfolg. Ihr Vertrauen zu rechtfertigen ist für mich und für die Landesregierung eine große Herausforderung.

Der Koalitionsvertrag beschreibt unsere Ziele unter dem Titel „Der Wechsel beginnt“. Er soll eine Dynamik in und mit allen Teilen der Bevölkerung auslösen und nicht einfach abgearbeitet werden. Wir wollen eine Bürgerregierung sein.

Leitmotiv unseres Handelns ist Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Wichtige Ziele sind Bildungs- und Aufstiegschancen für alle sowie ein ausgeglichener Haushalt. Baden-Württemberg steht keine politische Revolution bevor, sondern eine ökologisch-soziale Erneuerung. Diese braucht es allerdings.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte 1880 gedacht, dass eine Droschke ohne Pferde fahren kann? Es war ein gewisser Carl Benz, der in Mannheim die pferdelose Droschke erfand. Seine Frau Bertha machte die erste Spritztour zur Oma nach Pforzheim und musste in Wiesloch tanken. Dies geschah in einer Apotheke; denn dort gab es Benzin.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es ist kein Wunder, dass diese Erfindung anfangs belächelt wurde, zumal Pferdedroschken billiger waren. Aber es gab auch Weitsichtige: So meinte der „General-Anzeiger der Stadt Mannheim“ im September 1886, „dass dieses Fuhrwerk eine gute Zukunft haben wird“, weil es „ohne viele Umstände in Gebrauch gesetzt werden kann und weil es, bei möglichster Schnelligkeit, das billigste Beförderungsmittel für Geschäftsreisende, eventuell auch für Touristen werden wird“. Später nannte man dieses Fahrzeug Automobil.

Wer hätte 100 Jahre später gedacht, dass ein Wohnhaus nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter ohne Heizenergie auskommen kann? Auch dies hätten nur die Weitsichtigen gedacht. Heute gibt es Fertighaushersteller in Baden-Württemberg, die Nullenergiehäuser im Programm haben. Auch ein „Fastnullenergiehaus“, das Passivhaus, wurde als Mehrfamilienhaus zum ersten Mal in Baden-Württemberg realisiert, und zwar 1992 im Freiburger Stadtteil Vauban. Passivhäuser werden momentan zum neuen Standard von Wohnhäusern sowie von Betriebs- und Verwaltungsgebäuden.

Das sind Innovationen aus dem Land der Energiesparer und Häuslebauer – wobei wir den Rest der Geschichte noch gar nicht kennen, denn die Entwicklung der neuen Energietechniken am Bau geht stürmisch voran. Ich kündige an, dass wir bei den Landesgebäuden hier eine Vorbildfunktion übernehmen werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr könnt ja das Neue Schloss in Styropor einpacken!)

Meine Damen und Herren, damals, im 19. Jahrhundert, wurde durch die wirtschaftliche Nutzung von Erfindungen in Mechanik, Chemie und Elektrizität eine Ära geprägt, die wir heute Gründerzeit nennen und die mit Namen wie Daimler, Benz, Bosch, BASF und vielen anderen aus dem deutschen Südwesten verbunden ist. Die Wurzeln unserer starken verarbeitenden Industrie gehen auf deren unternehmerische und technische Basisinnovationen zurück.

Und wie ist es heute? Stehen wir heute nicht vor einer neuen Gründerzeit, einer Ära, deren Impulse und deren Drehmoment aus den Themen Nachhaltigkeit, Energie- und Rohstoffeffizienz sowie Umweltverträglichkeit kommen werden? Sind das nicht die Themen, die überall auf der Welt rasch an Bedeutung gewinnen und daher eine neue und tragfähige industrielle Basis für die Wirtschaft in Baden-Württemberg entstehen lassen? Das, meine Damen und Herren, ist die Herausforderung der kommenden Jahre.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Als europäische Kernregion müssen wir Motor einer nachhaltigen Entwicklung und Motor der weiteren Integration Europas gerade auch in schwierigen Zeiten sein.

Nur mit ständiger Bereitschaft zur Erneuerung bleibt unser Land erfolgreich – so steht es im Koalitionsvertrag, und dies ist die Grundrichtung unserer Wirtschaftspolitik. Nachhaltigkeit braucht Veränderung. Diese Regierungskoalition steht für eine neue Gründerzeit – als Weg, als Navigationsspur zu den Arbeitsplätzen der kommenden Jahrzehnte.

Die „Droschke“ wird nun – 100 Jahre nach den Pferden – Schritt für Schritt auch auf das Benzin verzichten. Diese Veränderung wird wohl auf längere Sicht kaum weniger einschneidend sein. Brauchte man damals keine Ställe, Tränken und Pferdegeschirre mehr, so wird das Auto der Zukunft auf Vergaser, Kühler und Auspuff verzichten. Das sind Produkte, auf denen im Augenblick in Baden-Württemberg noch Zehntausende von Arbeitsplätzen basieren. Darin liegt zweifellos eine große Herausforderung.

Dennoch gibt es keinen Grund zur Panik. Der Verbrennungsmotor wird bis weit in die kommenden Jahre hinein eine nach wie vor tragende Rolle spielen, allerdings mit neuen Motorgenerationen, deren Verbrauch und Emissionen nochmals drastisch zurückgehen werden. Klare gesetzliche Vorgaben mit verlässlichen Zeithorizonten, was Emissionen betrifft, müssen und werden diese Entwicklung beschleunigen.

In diesem Zusammenhang geht es auch darum, die Bedeutung der Elektromobilität besonnen und richtig einzuordnen. Wir haben in Deutschland 41 Millionen Pkws, die 14 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Wären davon eine Million Elektrofahrzeuge – das ist erst einmal das Ziel bis zum Jahr 2020 –, dann entspräche dies gerade einmal 2,5 % des Fahrzeugbestands.

Der Einstieg in die Elektromobilität ist also wichtig und von herausragender Bedeutung. Aber ich zitiere auch den Bosch-Chef Franz Fehrenbach, der uns den wichtigen Hinweis gegeben hat: „Wir müssen die Technologien, die wir heute beherrschen, weiter verbessern.“

Meine Damen und Herren, die spezielle Technologie des Elektroautos ist bereits verfügbar. Aber sie ist nicht viel weiter, als

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

es die Technologie des Autos im Jahr 1895 – zehn Jahre nach seiner Erfindung – war. In vielen Grundfragen, wie etwa bei der Batterieproblematik, steckt die Entwicklung noch in den Kinderschuhen. Es geht erst einmal um die Grundlagen.

Ich bin daher der Auffassung, dass in den nächsten Jahren die Forschung bei den Antriebstechniken, die Infrastruktur sowie die System- und Informationstechnik bei Mobilitätskonzepten im Vordergrund auch der Förderpolitik stehen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Thema Mobilitätskonzepte wird in den rasch wachsenden Ballungsräumen der Schwellenländer mit im Zentrum stehen. Umweltschonender Individualverkehr wird dabei eine Rolle spielen, aber nicht mehr die alleinige. Ich bin deswegen überzeugt: Um auf diesem Markt mit Systemprodukten weltweit erfolgreich zu sein, müssen wir Baden-Württemberg zu einem Schaufenster, zu einer „lebendigen Verkaufsmesse“ für neue, integrierte Mobilitätskonzepte machen.

Die rasche Verbreitung von Elektrofahrrädern, die vor fünf Jahren niemand erwartet hätte, zeigt doch, welche überraschenden Entwicklungen möglich sind.

Es wurde und wird zum Teil bis heute litaneiert von manchen Leuten behauptet, man könne der Welt keine schnellen Autos verkaufen und zu Hause „Tempo 100“ verordnen. Ich sage nun: Wir können künftig der Welt keine innovativen und umweltfreundlichen Mobilitätskonzepte verkaufen, wenn wir diese in Baden-Württemberg nicht vorweisen können. Hier im vorwettbewerblichen Bereich sieht die neue Landesregierung eine koordinierende und fördernde Aufgabe der Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eine künftige Exportstrategie im Mobilitätsbereich braucht also mehr als das klassische Automobil.

Nochmals: Niemand in dieser Landesregierung will den Menschen vorschreiben, welches Auto sie kaufen sollen.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Peter Hauk CDU:  
Das hat sich schon einmal anders angehört! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich gebe aber zu bedenken, ob in künftigen Verkehrssystemen und bei steigenden Energiekosten schwere, spritfressende Fahrzeuge nicht schon bald ziemliche Ladenhüter sein werden. Man kann sich auch die aktuellen Probleme der amerikanischen Autoindustrie als warnendes Beispiel vor Augen halten.

Ich bin aber nicht der Ansicht, dass der Staat in erster Linie bestimmte Technologien fördern sollte, sondern ich meine, dass er klare Rahmenbedingungen dort setzen sollte, wo das Gemeinwohl im Sinne von Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit tangiert ist. Stimulierende und nicht strangulierende Grenzwerte, eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger, fahrleistungsabhängige und nicht besitzabhängige Abgaben – das sind die Linien einer solchen Ordnungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Welche Technologien und einzelnen Produkte dann zum Tragen kommen, sollten der Markt und der Wettbewerb entscheiden. Das verstehe ich unter ökosozialer Marktwirtschaft.

Ich bin ganz zuversichtlich: Unsere Tüftler und Erfinder werden hier wieder einmal die Nase vorn haben. Pfiffige Ideen und unternehmerische Initiativen werden in Baden-Württemberg Unterstützung und Finanzierung finden. Dafür stehen wir.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bedarf und Impulse für eine neue Gründerzeit sehen wir aber nicht nur im Bereich der klassischen Industrie und der wirtschaftsorientierten Dienstleistung. Vielmehr sehen wir diesen Bedarf und diese Impulse auch und gerade in den Bereichen, die bisher noch nicht zum produktiven Kern zählen, aber immer mehr zur Arbeitsplatzbilanz beitragen, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Alle Experten bescheinigen dem Gesundheitsstandort Baden-Württemberg große Wachstumschancen mit einem Wertschöpfungspotenzial von 15 bis 20 Milliarden € in den nächsten zehn Jahren. Und: Der Gesundheitssektor ist schon heute die beschäftigungsintensivste Branche im Land. Das Land hat im Gesundheitsbereich eine klare Zuständigkeit. An erster Stelle ist dabei die finanzielle Verantwortung für die Investitionen der Krankenhäuser zu nennen. Wir werden die Landesmittel für die Kliniken deutlich erhöhen und damit auch zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch in der Pflege müssen Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen gefunden werden. Bis zum Jahr 2031 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg um mehr als 50 % steigen. Das heißt, der Bedarf an entsprechenden Wohn- und Betreuungsangeboten, aber auch an professionellen Pflegekräften in ambulanten und stationären Einrichtungen nimmt stetig zu.

Ähnliches gilt für den Bereich der Kinderbetreuung. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhöht die Nachfrage nach guten, verlässlichen und flexiblen Betreuungsangeboten, und er führt zu einem steigenden Bedarf an qualifiziertem Personal. Allein für den Ausbau der Krippenbetreuung brauchen wir bis 2013 rund 7 500 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher in Baden-Württemberg.

Auch jenseits des klassischen produktiven Bereichs stecken also in dieser Entwicklung Potenziale einer neuen Gründerzeit. Private Dienstleister bei Pflege, Gesundheit und Kinderbetreuung konkurrieren fruchtbar mit der öffentlichen Hand, während aus der Bürgergesellschaft ergänzende Konzepte und Modelle kommen wie z. B. ehrenamtliche Pflegebegleiter oder sogenannte Leihgroßväter und -großmütter.

Der demografische Wandel und die neuen gesellschaftlichen Bedarfe führen auch im Sozialbereich zu einem enormen Investitionsschub. Auch hier herrscht also Gründerzeit im besten Sinn. Lassen Sie mich noch hinzufügen: Die neue Gründerzeit ist nicht zuletzt auch eine Gründerinnenzeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es sind erfreulicherweise immer mehr Frauen, die das Wagnis einer Firmengründung und einer selbstständigen Existenz eingehen. Warum sollten sie nicht auch da den Männern zeigen, wo es langgeht?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Heiterkeit)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vier zentrale Aufgaben werden im Vordergrund unserer gemeinsamen Arbeit von Grünen und SPD stehen.

Erstens: die ökologische und soziale Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Brundtland-Kommission definierte im Jahr 1987 Nachhaltigkeit – „Sustainable Development“ – folgendermaßen:

*Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.*

Mit anderen Worten: Wir dürfen unsere Ansprüche und Bedürfnisse nicht zulasten unserer Kinder und Kindeskinde realisieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!  
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Mehr noch: Wir müssen das global wachsende Verlangen nach Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen bei allen Produkten und Dienstleistungen berücksichtigen, die wir in der Welt anbieten.

Verantwortung für Nachhaltigkeit schließt allerdings den Erfolg durch Nachhaltigkeit nicht aus, sondern sie wird ihn in Zukunft ermöglichen. Das heißt, beide Seiten werden sich immer mehr ergänzen. Verantwortung für Nachhaltigkeit und Erfolg durch Nachhaltigkeit – das ist für mich das Leitmotiv der Politik der grün-roten Landesregierung in den nächsten fünf Jahren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir möchten Baden-Württemberg unter den Bundesländern zum Modell ökologisch orientierten Wirtschaftens machen. Wo, wenn nicht hier in diesem wirtschaftsstarken Land, können wir zeigen, dass Ökonomie und Ökologie nicht nur keine Gegensätze sein dürfen, sondern auch keine Gegensätze sein müssen, und dass sie sich gegenseitig bedingen und befruchten?

Wir werden in den nächsten Jahren einen wahren Nachfrageschub bei umwelt- und ressourcenschonenden Produkten erleben. Diese werden die Leitindustrien der Zukunft sein. Wir in Baden-Württemberg können zeigen, dass es geht und wie es geht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir feiern in diesen Tagen das 125-Jahr-Jubiläum der Firma Bosch. Der Name Bosch ist eng mit der Entwicklung unseres Landes verbunden. Robert Bosch war einerseits ein Mann des technischen Fortschritts, andererseits soll er ein großer Jäger, Heger und Landwirt gewesen sein. Theodor Heuss, sein berühmter Biograf, hat in Robert Bosch einen Menschen gesehen, der im Widerspiel der Kräfte eine Versöhnung fand.

Die Robert Bosch GmbH war immer ein Unternehmen, das seine gesellschaftliche und soziale Verantwortung ernst genommen hat. Ich erinnere an die frühe Einführung des Achtstundentags und an den legendären Satz von Robert Bosch:

„Ich zahle nicht gute Löhne, weil ich viel Geld habe, sondern ich habe viel Geld, weil ich gute Löhne zahle.“

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bosch gehört zu jenen Unternehmen in Baden-Württemberg, die schon früh erkannt haben, welche Zukunftschancen, auch wirtschaftlicher Art, in den Bereichen Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit liegen. Heute ist Bosch ein Weltunternehmen, das bei der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte eine führende Rolle einnimmt. Es ist ein Unternehmen, das in einem Netzwerk von vielen Tausend mittelständischen Partnern agiert, die ihrerseits nicht nur Produkte, sondern auch Innovationen und neue Ideen zuliefern.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher: Robert Bosch würde dies gutheißen, denn er verstand etwas von schwäbischen Tugenden, von der Verbindung von Fleiß und Leistungsbeurteilung, von der Fähigkeit, in Gemeinschaft etwas aufzubauen, und von der Sparsamkeit. „No nix verkomme lasse“ – ist das nicht eigentlich eine überzeugende Übersetzung des Begriffs „Nachhaltigkeit“ ins Schwäbische?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Verantwortung für Nachhaltigkeit und Erfolg durch Nachhaltigkeit – darin steckt auch eine große Chance für den ländlichen Raum. Unsere abwechslungsreichen Natur- und Kulturlandschaften – dazu zählen natürlich auch unsere Städte – locken immer mehr Touristen nach Baden-Württemberg. Nur eine naturnahe Landwirtschaft weiß diese schönen Landschaften zu pflegen und zu erhalten. Zugleich werden auf diese Weise gesunde und schmackhafte Lebensmittel aus der Region und für die Region produziert. Wir wollen solche regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken und die Etablierung von Regionalmarken fördern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In diesem „magischen Dreieck“ aus Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus sehe ich die wirtschaftliche Dynamik genau dadurch entstehen, dass der ländliche Raum als naturnaher Raum und Kulturlandschaft bewahrt wird.

(Zuruf: Bravo!)

Deswegen haben wir die Kompetenzen für diese Politik im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz gebündelt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist gut!)

Meine Damen und Herren, die Neuausrichtung von Ökologie, sozialer Sicherheit und freiem Unternehmertum, das ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung erfordern also eine Neujustierung von Staat, Markt und Bürgergesellschaft. Klimaschutz ist nicht nur eine Aufgabe internationaler Konferenzen, Klimaschutz fängt vor Ort an. Jede Ebene steht dabei in der Verantwortung, auch die Landespolitik. Als Landesregierung haben wir dabei eine wichtige Koordinierungsaufgabe zu erfüllen.

Wir stellen uns dieser Verantwortung und werden in der nun beginnenden Legislaturperiode einen Beitrag – und zwar ei-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nen erheblichen Beitrag – zum Erreichen der nationalen wie internationalen Klimaschutzziele leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ziel muss sein, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 um rund 90 % zu reduzieren.

Als zentrales Element für die Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik werden wir deswegen ein Maßnahmenbündel mit verbindlichen Zielen auf den Weg bringen. Dazu gehört die Novellierung des Landesplanungsgesetzes. Das Landesprogramm „Klimaschutz-Plus“ wollen wir weiterentwickeln.

Wir leiten die Energiewende ein: weg von fossilen Energien und Atomenergie, hin zu sauberem Strom aus den unerschöpflichen Quellen Wind, Wasser, Sonne und Biomasse.

Die grün-rote Landesregierung wird sich auf Bundesebene für einen beschleunigten Atomausstieg einsetzen. Die acht ältesten AKWs plus Krümmel dürfen nicht mehr ans Netz.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu gehören auch die beiden ältesten und stör anfälligsten Atomkraftwerke im Land: Neckarwestheim I und Philippsburg I. Auch diese müssen dauerhaft stillgelegt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Für den Fall, dass die Bundesregierung die Laufzeitverlängerungen nicht zurücknimmt, werden wir uns der Klage anderer Bundesländer anschließen, um den Ausstieg aus dem Atomausstieg vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Ereignisse von Fukushima waren und sind zuallererst eine unermessliche Tragödie für die Menschen in Japan. Sie mahnen aber auch, das Ende des Atomzeitalters nicht hinauszuschieben, sondern beherzt anzupacken.

Unser Ziel ist deshalb, die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 zu einer zentralen Säule der Stromerzeugung zu machen. Deshalb werden wir die Blockaden bei der Windkraft beseitigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bis 2020 sollen 10 % unseres Stroms aus heimischer Windkraft kommen. Genauso konsequent werden wir auch andere erneuerbare Energien ausbauen. Vor allem die Solarenergie bietet ein riesiges Potenzial für die Energieerzeugung. Deswegen werden wir auch die Solarenergie konsequent fördern, z. B. indem wir landeseigene Dachflächen für Bürgersolaranlagen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Genauso wollen wir die Nutzung von Wasserkraft und Biomasse nachhaltig und naturverträglich ausbauen.

Der energetischen Sanierung landeseigener Gebäude müssen wir einen höheren Stellenwert einräumen und die Mittel dafür in den kommenden Jahren stufenweise anheben.

Energieeffizienz und Ressourcenschonung müssen wirtschaftlich und gesellschaftlich breit angelegt sein. Deshalb werden wir mit der L-Bank ein speziell zugeschnittenes Förderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen sowie den privaten Sektor im Bereich der Energieeffizienz entwickeln und auflegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich komme zur zweiten wichtigen Grundlinie unserer Politik, meine Damen und Herren: zur Schaffung bester Bildungschancen für alle. Gleichberechtigter Zugang zur Bildung ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung ist der Schlüssel zu einer freien, selbstverantwortlichen Lebensgestaltung, zur Sicherung der materiellen Existenz aus eigener Kraft und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Alle Talente und Begabungen von unseren Schülern, von Jugendlichen, bestmöglich zu entfalten ist im Rahmen der Kernkompetenz Bildung die wichtigste Aufgabe eines Landes in unserer föderalen Ordnung.

Meine Damen und Herren, Bildung ist ein menschlicher und persönlicher Wert an sich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aber Baden-Württemberg braucht auch alle Talente und Begabungen, damit es wirtschaftlich an der Spitze bleibt. Grüne und SPD nehmen es mit dieser Ansage sehr ernst.

Eines der wichtigsten Projekte der neuen Landesregierung wird deshalb die Förderung der frühkindlichen Bildung sein. Frühkindliche Bildung und eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung haben für uns höchste Priorität. Ich will, dass in unserem Land endlich alle Kinder die gleichen Chancen erhalten, an Bildung teilzunehmen – von Anfang an und unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Unsere Landesverfassung erteilt uns diesen Auftrag in Artikel 11 schon längst. Dort heißt es:

*Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.*

Wenn wir jetzt die Rahmenbedingungen für ein sozial gerechtes Schulsystem schaffen, dann erfüllen wir endlich einen in der baden-württembergischen Landesverfassung schon lange verbrieften rechtlichen Anspruch. Es ist ein Armutszeugnis der Vorgängerregierungen, dass in Baden-Württemberg die soziale Herkunft noch immer so sehr über den Bildungserfolg entscheidet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Dies zu ändern ist eines der wichtigsten Ziele meiner Regierung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Hoffentlich in die richtige Richtung!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Jedes Kind in Baden-Württemberg muss die Möglichkeit haben, seine Fähigkeiten und Potenziale voll zu entfalten, und zwar unabhängig von Herkunft und Geldbeutel. Das ist übrigens genau das Gegenteil von Gleichmacherei und „Einheitschule“.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nein, bei uns wird nicht über einen Kamm geschoren. Bei uns sollen sich die Nachzügler besser entfalten können und die Schnelldenker auch. Das ist individuelle Förderung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir werden sehen!)

Dafür wird die Landesregierung viel Geld in die Hand nehmen.

Wir werden den Orientierungsplan für alle Kindertageseinrichtungen verbindlich einführen und gesetzlich verankern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch die Sprachförderung ist für uns ein wichtiges Aufgabefeld in Kitas und Kindergärten. Sprache ist der Schlüssel für Bildungsbeteiligung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen auf eine alltagsintegrierte Sprachförderung vom ersten Kindergarten an und wollen dies so umsetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Den Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren werden wir ohne Wenn und Aber umsetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber neu!)

All diese Maßnahmen werden wir in einem Pakt mit den Kommunen verwirklichen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Die Landesregierung wird den Kommunen gerade in dieser Frage – aber natürlich nicht nur in dieser Frage – ein verlässlicher Partner sein. Ein partnerschaftliches Verhältnis und Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung gehören zu den Leitlinien unserer Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen haben für uns höchste Priorität. Beides wurde unter der CDU-Herrschaft viel zu lange vernachlässigt und verschleppt.

An den Schulen werden wir einen Bildungsaufbruch ermöglichen. Auch hier geht es mir ganz entschieden darum, die Bildungschancen von der sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern zu entkoppeln. Nicht die Kinder müssen sich der Schule anpassen, sondern die Schulen müssen auf die individuellen Bedürfnisse, Talente und Fähigkeiten der Kinder eingehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Individuelle Förderung und Chancengerechtigkeit sind deswegen die Leitgedanken unserer Bildungspolitik. Dazu wollen wir Innovationen in Form von Modellschulen zulassen,

Gründergeist befördern und die Ideen in den Kommunen vor Ort, bei den Lehrern, Lehrerinnen und der Elternschaft nicht weiter behindern, sondern unterstützen und fördern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, die Schülerzahlen werden stark zurückgehen. Das wird natürlich Strukturveränderungen erforderlich machen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Gerade wenn wir möglichst viele Schulstandorte im ländlichen Raum erhalten wollen, müssen wir unsere Überlegungen in diese Richtung entwickeln. Auch dies ist ein Grund, weshalb wir Gemeinschaftsschulen mit eigenem pädagogischem Konzept im Schulgesetz verankern werden.

Wir werden die Ganztagschule als Lern- und Lebensort ausbauen mit dem Ziel der ganzheitlichen Bildung, der individuellen Förderung und der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern. Dies flächendeckend im ganzen Land umzusetzen wird ein Schwerpunkt unserer Schulpolitik werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Förderung und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung im vorschulischen Bereich und in der Regelschule ist für uns ein wichtiges bildungspolitisches Ziel. Wir wollen die Inklusion in Kindergarten und Schule voranbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch in der beruflichen Bildung und Ausbildung werden wir versteckte Potenziale aktivieren. Wir wollen dabei die Erkenntnisse und Ergebnisse der Enquetekommission der letzten Legislaturperiode umsetzen.

Die Gleichstellung des allgemeinen und des beruflichen Bildungswesens ist für uns dabei vorrangig. Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung mit anerkanntem Berufsabschluss. Dies werden wir u. a. durch eine Systematisierung der Wege zum Ausbildungsabschluss verwirklichen.

Das bewährte duale System der Berufsbildung wollen wir stärken. Wir fordern die Wirtschaft auf, gemeinsam mit uns aktiv zu werden und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen und damit gemeinsam der Verantwortung für die gesicherte Deckung des Fachkräftebedarfs sowie für die soziale Integration der jungen Menschen in die Berufswelt gerecht zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Baden-Württemberg verfügt über eine vielfältige Hochschullandschaft, die national wie international exzellente Leistungen hervorgebracht hat. Diesen Schatz werden wir hüten, pflegen und vermehren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Allein mir fehlt der Glaube!)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Der Zugang zu akademischer Bildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Deshalb werden wir noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf einbringen, um die Studiengebühren in Baden-Württemberg zum Sommersemester 2012 abzuschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir sind der Meinung, dass Hochschulbildung nicht über Gebühren, sondern über Steuern zu finanzieren ist, und befürworten insofern entsprechende Maßnahmen, etwa im Bereich des Spitzensteuersatzes.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Welche?)

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Punkt: Wir wollen Baden-Württemberg zum Musterland guter Arbeit machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Entwicklung des Arbeitsmarkts in der Europäischen Union ist in den letzten Jahren leider durch die Zunahme der prekären, ungesicherten und unterbezahlten Beschäftigung gekennzeichnet.

Unsere Auffassung ist: Ein Land wie Baden-Württemberg, das gerade in Zeiten einer neuen wirtschaftlichen Dynamik motivierte und qualifizierte Arbeitskräfte braucht, muss künftig einen anderen Weg gehen. Wir wollen daher Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit machen – ich erinnere an den Ausspruch von Robert Bosch.

Dazu kann die Politik einen Beitrag leisten, z. B. durch die Festlegung von Mindestlöhnen. Entsprechende Initiativen auf Bundesebene werden wir unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu müssen aber auch Wirtschaft und Tarifpartner beitragen. Ich meine, dies können sie, und dies ist auch im wohlverstandenen unternehmerischen Eigeninteresse in einem Industrieland, das bei Qualitätsprodukten im Wettbewerb steht.

Wir wollen, dass alle arbeitenden Menschen – nicht nur die auf den Führungsebenen – einen gerechten Anteil an der wirtschaftlichen Dynamik haben, die unübersehbar und erfreulicherweise im Gang ist. Wir wollen, dass sie Aufstiegschancen durch Weiterbildung im beruflichen Alltag nutzen können, dass Leiharbeit in Anstellungen, dass befristete Beschäftigung in verlässliche Arbeitsverhältnisse übergeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Den Auswüchsen bei der Leiharbeit werden wir entschieden entgegenzutreten. Wer am Band oder hinter der Verkaufstheke nebeneinander steht und arbeitet, muss gleichbehandelt werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Für die Durchsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ werden wir uns deshalb nach Kräften engagieren – besonders auch für die weiblichen Beschäftigten.

Auch hier, in der Arbeitswelt, ist ein neues Grundverständnis angesagt, auch hier muss der Wechsel beginnen. Wir wollen die Spaltung in gute und prekäre Jobs überwinden; denn das ist nicht nur für die Betroffenen wichtig, es ist auch wichtig für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen, dass sich die Akteure des Arbeitsmarkts für dieses Ziel zu einer „Allianz für Fachkräfte“ zusammenfinden, und werden dazu die Initiative ergreifen. Dabei wird es u. a. um die Verringerung der Zahl der Bildungsabbrüche an Schulen und Hochschulen, die Verbreiterung von berufsbegleitenden Weiterbildungsangeboten, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Abbau von Hemmnissen bei der Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften und die schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Qualifikationen gehen.

Dass Frauen weniger verdienen als Männer in vergleichbarer Position und in vergleichbaren Tätigkeiten, ist eine Tatsache. Damit wollen wir uns nicht einfach abfinden. Deshalb ist der Abbau von jeweiligen Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern ein ausdrückliches Ziel der Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

„Ohne gezielte Zuwanderung wird es nicht gehen“, sagte der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, vor wenigen Tagen. Er weist darauf hin, dass in Deutschland bis zum Jahr 2025 eine Lücke von sechs bis sieben Millionen Fachkräften entstehen würde. Diese Lücke könne auch durch das Mobilisieren von Arbeitskräften – das müssen wir natürlich vorrangig tun – nur etwa zur Hälfte gefüllt werden.

Meine Damen und Herren, da müssen wir uns sehr engagieren. Denn der Fachkräftemangel droht zum schwerwiegenden Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg zu werden.

Ich denke dabei auch an die mitunter schwierige Situation bei den Pflegeberufen oder auch bei Erzieherinnen und Erziehern. Da geht es um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die diese Berufe für Frauen und Männer attraktiver machen.

Der Fachkräftemangel ist ein Thema, das uns beschäftigen muss. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, Kammern, Bildungseinrichtungen und der Arbeitsagentur konkrete Strategien und Maßnahmen überlegen.

In Sachen „gute Arbeit“ wollen wir als Landesverwaltung aber auch eine Vorbildfunktion übernehmen, insbesondere was die Vergabe öffentlicher Aufträge betrifft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Durch ein Tariftreugesetz werden wir alle Anbieter verbindlich verpflichtet, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge des Landes und der Kommunen die Tariflöhne einzuhalten. Den Gesetzentwurf dazu wird die Landesregierung zeitnah ins Parlament einbringen, damit das Gesetz ab 2012 gelten kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Zur sozialen Gerechtigkeit in einem wirtschaftlich starken Land gehört es auch, die auf Dauer weniger Qualifizierten, die Menschen mit individuellen Nachteilen am Arbeitsmarkt nicht zu vergessen. Wir brauchen daher in Baden-Württemberg mehr Engagement für einen sozialen Arbeitsmarkt. Die bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente waren nicht immer optimal und nicht immer erfolgreich. Die Zahl von 70 000 Langzeitarbeitslosen in Baden-Württemberg spricht für sich. Wir werden daher in Baden-Württemberg neue Wege entwickeln und beschreiten, um diesen Menschen eine Chance zu geben. „Gute Arbeit“ heißt ja vor allem auch Solidarität mit den Schwachen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In einer weiteren wichtigen Grundlinie unserer Politik, verehrte Kolleginnen und Kollegen, geht es um nachhaltige Finanzpolitik. Nachhaltige Finanzpolitik ist die Grundlage von wirtschaftlicher Zukunftsverantwortung und Generationengerechtigkeit. Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkel noch Möglichkeiten der politischen Gestaltung haben. Wir werden daher die Finanzpolitik auf die Einhaltung der Schuldenbremse des Grundgesetzes ausrichten. Mit einem „Finanzplan 2020“ werden wir eine für alle Ressorts verbindliche Orientierungsplanung einführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 2014! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ruhe im Karton!)

Ein ressortübergreifendes vorausschauendes Haushaltscontrolling wird dies unterstützen. Es waren die Ausschussexpedition des Finanzausschusses nach Kanada und der Besuch beim kanadischen Treasury Board, die für mich in dieser Hinsicht wichtige Impulse und Anregungen gegeben haben und die nun von der neuen Regierung gemeinsam aufgegriffen werden.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nach 58 Jahren CDU-Regierung steht das Land vor einem gewaltigen Schuldenberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt kommen die Kretschmann-Schulden! – Zurufe der Abg. Tanja Gönner CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist so, liebe Kolleginnen und Kollegen!)

Zwar sieht die vordergründige Optik des Haushalts im Vergleich zu anderen Bundesländern recht gut aus.

(Zurufe von der CDU)

– Da dürft ihr euch freuen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die vordergründigen Steuereinnahmen reichen für eine Nullverschuldung 2011! So schlecht steht es um das Land!)

– Meine Damen und Herren von der CDU, die Sie sich jetzt so gefreut haben: Wenn man die verdeckten und verschobenen Lasten berücksichtigt, sieht es jedoch anders aus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist schon an der Gemeinschaftsschule ausgerichtet!)

Zählt man die wachsenden Pensionsverpflichtungen und die im Haushalt verbuchte Verschuldung zusammen, so steht Baden-Württemberg auf dem letzten Platz aller 13 deutschen Flächenländer.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Auf dem letzten Platz! Hinzu kommen Sanierungsrückstände in Milliardenhöhe bei den Hochschulgebäuden, bei den Landesstraßen und den Krankenhäusern, ein Vermögensverzehr von beträchtlichem und inakzeptablem Ausmaß –

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und das alles bei einem Schuldenberg von 40 Milliarden €. Hinzu kommt ja, dass die mittelfristige Finanzplanung eine erhebliche Schiefelage hat. Sie weist für die Jahre 2012 bis 2014 eine jährliche Finanzierungslücke von etwa 3 Milliarden € aus.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Deswegen wird die Landesregierung noch vor der Sommerpause einen Kassensturz machen und dem Landtag ein umfassendes und vor allem ungeschminktes Bild der Landesfinanzen vorlegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Nehmen Sie einfach die Steuermehreinnahmen! Einfach die Steuermehreinnahmen verwenden! – Unruhe bei der CDU)

Fazit: Es wird einer gewaltigen Kraftanstrengung bedürfen, um die Finanzen des Landes wieder auf einen soliden und seriösen Pfad der Nachhaltigkeit zu bringen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Zunächst geht es darum, die zu erwartenden Steuermehreinnahmen vorrangig zur Konsolidierung des Haushalts zu verwenden.

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Volker Schebesta und Karl-Wilhelm Röhm)

Hier besteht völlige Übereinstimmung zwischen den Regierungsfractionen, im Kabinett und insbesondere mit dem Finanzminister.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: In Teilzeit!)

Darüber hinaus werden wir die gesamte Landespolitik einer gründlichen Aufgabenkritik unterziehen. Denn nur so kann das strukturelle Defizit des Haushalts Schritt für Schritt reduziert werden. Da haben Sie leider in all den Jahren nichts gemacht.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Die Herausforderung besteht ja darin, trotzdem gleichzeitig in Schlüsselbereichen wie „Frühkindliche Bildung“, Schule, Hochschule, Forschung und Gesundheit zu investieren, damit wir die Quellen des zukünftigen Reichtums nicht untergraben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir werden nicht zulassen, dass wichtige Zukunftsthemen der Nachfinanzierung von Ihren Altlasten zum Opfer fallen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Erste Akzente werden wir mit einem Nachtragshaushalt noch in diesem Jahr in wenigen ausgewählten Feldern setzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Finanzausgleich nicht vergessen!)

Ich will auf zwei wichtige Punkte noch näher eingehen: die Neuordnung des Finanzföderalismus – Stichwort Länderfinanzausgleich – und das Thema Grunderwerbsteuer.

(Unruhe bei der CDU)

Beides sind Themen, mit denen die bisherige Landesregierung befasst war, und beides sind Themen, bei denen sie falsch entschieden hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Koalition hat die Absicht, die Grunderwerbsteuer von 3,5 % auf 5 % anzuheben,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr familienfreundlich! – Zurufe von der CDU)

um die Kinderbetreuung und die frühkindliche Bildung in Baden-Württemberg auszubauen und zu verbessern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Außerordentlich familienfreundlich!)

Die Alternative wäre gewesen, noch mehr in die Verschuldung zu gehen. Diesen Weg gehen wir nicht. Deshalb sind wir einen anderen Weg gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Keine Wahlgeschenke verteilen! – Zurufe von der CDU: Sparen! – Unruhe)

Die Familie profitiert davon – um auf Ihren Zwischenruf einzugehen – direkt durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Linke Tasche, rechte Tasche! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich füge hinzu: Viele Familien werden sich erst dadurch überhaupt ein Eigenheim leisten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist bare Dialektik!)

Die Wirtschaft profitiert ihrerseits durch ein verbessertes Fachkräfteangebot, und für die Kinder erreichen wir eine deutliche Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung.

Alle Studien sind sich darin einig – ich denke, wir hier im Landtag auch –, dass die frühkindliche Bildung ganz entscheidend ist für die spätere Bildungs- und Berufskarriere. Das ist der Grund, warum wir uns entschlossen haben, diejenigen, die gewinnen – Familien und Wirtschaft –, auch zu einem Beitrag zu verpflichten. Das ist eine Steuererhöhung, die einem klaren und nachvollziehbaren Zweck dient und die dem Gemeinwohl dient. Deshalb habe ich außer einem leisen Grummeln auch keine große Kritik daran gehört.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Allgemein gilt: Diese Landesregierung tritt für einen handlungsfähigen Staat ein, der die öffentlichen Aufgaben über angemessene Steuern finanziert. Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen werden wir hier im Land die Steuerverwaltung personell stärken, damit wir auch zu den Steuern kommen, die uns eigentlich zustehen,

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

und in der Bundespolitik dafür streiten, die Spitzenverdiener und die hohen Privatvermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dabei werden wir uns auch für eine verstärkte Steuerautonomie der Länder einsetzen,

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

die wir in der Föderalismuskommission leider nicht erreichen konnten.

Meine Damen und Herren, ich halte die alte – und alleinige – Gegenüberstellung von „Staat“ und „Privat“ für überholt. Es geht nicht um mehr Staat und weniger Privat oder umgekehrt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: PPP-Projekte wahrscheinlich!)

Vielmehr geht es um eine neue Justierung des Verhältnisses von Staat, Markt und Bürgergesellschaft. In diesem Dreiklang von Wettbewerb, Subsidiarität und Solidarität definieren sich aus unserer Sicht Gemeinwohl, wirtschaftliche Prosperität und die Zukunftsfähigkeit einer bürgerlichen Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nun noch einige Sätze zum Finanzföderalismus. Herr Oettinger, Herr Drexler und ich hatten uns ja in der Föderalismuskommission engagiert. Das Land Baden-Württemberg konnte sich hier deutschlandweit und über Parteigrenzen hinweg

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Vertrauen und Anerkennung erwerben. Dieses Vertrauen und diese Anerkennung sind von unserer Vorgängerregierung innerhalb weniger Monate aus durchsichtigen Wahlkampfmotiven sehr beeinträchtigt worden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber milde ausgedrückt!)

Nun ist es an der Zeit, dass unser Land wieder eine in Inhalt und Ton seriöse und seiner Bedeutung angemessene Rolle

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unglaublich!)

in der anstehenden Reform des Finanzföderalismus einnimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dies bedeutet Konzepte, dies bedeutet Gespräche, dies bedeutet Konsenssuche. Dies bedeutet aber auch eine entschlossene Reformperspektive, um das ungerechte und anreizfeindliche System zu modernisieren und auf eine neue Grundlage zu stellen –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau!)

aber, meine Damen und Herren, mit dem Geist der Kooperation und nicht mit dem Geist der Konfrontation.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Klagen, wenn sie denn Aussicht auf Erfolg versprechen, sind das letzte und nicht das erste Mittel. So gehen wir die Dinge an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Es sind schon viele erste Mittel probiert worden!)

Meine Damen und Herren, diese Regierung will eine Politik des Gehörtwerdens praktizieren.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir wollen Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen. Wir wollen unser Land zu einer Modellregion des ökologisch orientierten Wirtschaftens und „guter Arbeit“ machen.

Wir wollen nachhaltiges Haushalten praktizieren, die Nett nullverschuldung schnellstmöglich realisieren

(Zurufe von der CDU: 2014!)

und mittelfristig Schulden abbauen.

Wir wollen bestmögliche Bildung für alle.

Wo es Freiheit gibt, da wird es immer auch Ungleichheit geben. Deshalb muss eine Gesellschaft aber auch alles dafür tun, um Chancengerechtigkeit zu schaffen.

All dies zu ermöglichen und zu fördern, das betrachte ich als Auftrag der neuen Regierung. Den Stillstand zu durchbrechen, dafür wurden wir gewählt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wo leben Sie?)

Wir werden diese Aufgabe besonnen angehen. Weil wir dabei den Schritt in die Bürgergesellschaft gehen wollen, ist unser Verständnis von nachhaltiger Politik kein Konzept, das dem Land einfach übergestülpt wird. Vielmehr wollen wir die Dinge im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, im Dialog mit den organisierten und nicht organisierten Interessengruppen in unserem Land vorantreiben.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Viele Menschen verbinden mit uns die Hoffnung auf einen neuen Politikstil. Die Zeit des Durchregierens von oben ist zu Ende.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gute Politik wächst von unten. Echte Führungsstärke entspringt der Fähigkeit, zuzuhören.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Diese Regierung wird deswegen eine Politik des Gehörtwerdens praktizieren. Sie wird den Bürgerinnen und Bürgern im Dialog gegenüber treten, zuhören und dann entscheiden. Für mich ist die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger keine Bedrohung oder Ausdruck einer „Dagegen-Haltung“, sondern eine Bereicherung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie setzt im Übrigen eine Tradition aus dem 19. Jahrhundert fort: die Tradition des Vereinswesens, der Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger, heute bereichert durch neue Formen der Bürgerbeteiligung wie Bürgerinitiativen,

(Zuruf von der CDU)

freier und flexibler als früher, gestärkt durch neue Medien, vor allem durch das Internet.

In einer Demokratie gibt es auch einmal scharfe Konflikte. Man muss wissen, damit umzugehen. Die Fairness ist dabei die Bringschuld der Institutionen. Die Bringschuld der Bürgergesellschaft heißt „zivilisierter Streit“.

(Zurufe der Abg. Tanja Gönner und Winfried Mack CDU)

Kunst und Kultur können ebenfalls Einspruch sein, Provokation und Stachel für eine lebendige Demokratie, aber auch eine Schule des genauen Hinsehens und Hinhörens.

Demokratie braucht selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger,

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

und Demokratie braucht eine selbstbewusste Kultur als Ausdruck eines autonomen Bürgerbewusstseins.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Auch unter den Vorzeichen der Haushaltskonsolidierung genießen Kunst und Kultur für uns deshalb einen hohen Stellenwert.

(Abg. Winfried Mack CDU: Keine Unkultur! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Damen und Herren, die repräsentative Demokratie ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Tanja Gönner CDU: Hört, hört!)

Doch die zunehmende Distanz zwischen demokratischen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern können wir nicht länger ignorieren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau darum geht es!)

Man spürt sie auch in Baden-Württemberg. Das besorgt mich und besorgt hoffentlich uns alle.

Unsere Demokratie ist stabil, gewiss. Aber Demokratie versteht sich nie von selbst. Sie ist anstrengend und will gepflegt sein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Oh ja!)

Ich hatte in den ersten Tagen meines Amtes zwei Termine, die mir eindrucksvoll vor Augen geführt haben, wie viele Menschen sich für unser Gemeinwesen, im Sozialbereich und für die Umwelt engagieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Beim Tag der deutschen Bürgerstiftungen und bei einem Jubiläum des Genossenschaftsverbands hat man gesehen, welche Potenziale da in unserer Gesellschaft sind.

Es geht hier also um die eigenständige Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft, um „Graswurzeldemokratie“, um Gemein-sinn, um Subsidiarität und Solidarität. All das hat Baden-Württemberg immer ausgezeichnet.

Ich sage: Eine moderne, lebendige und starke Demokratie lebt vom Einspruch und von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Vielleicht auch vom Zuspruch!)

Nicht dort, wo sich Menschen einmischen, ist die Demokratie bedroht, sondern dort, wo sie sich von den öffentlichen Angelegenheiten, von der Res publica, abwenden. Mehr Bürgerbeteiligung stärkt auch die parlamentarische Demokratie. Das ist jedenfalls meine feste Überzeugung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Themen Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung sind daher für mich und für diese Landesregierung kein verzierendes Beiwerk.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nicht für alle, wie man gehört hat!)

Sie sind eine zentrale Aufgabe für alle Ressorts. Dort werden transparente Verfahren und wegweisende Projekte für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen entwickelt und durch die Staatsrätin in meinem Haus gebündelt. Wir machen Ernst mit diesem Querschnittsthema.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen Strukturen so verändern, dass Bürgerinnen und Bürger Gehör finden – auch außerhalb der Wahltag.

Wir wollen neue Medien nutzen, um politische Teilhabe zu ermöglichen.

Wir werden auch denen neue Möglichkeiten geben, ihre Stimme zu erheben, die im politischen Konzert bislang viel zu leise zu hören waren: z. B. Frauen, Migranten oder Jugendlichen.

Ebenso werden wir eine aktive Integrationspolitik betreiben. Baden-Württemberg ist ein buntes Land, das von seiner Vielfalt lebt. Die Zuwanderer, ihre Kinder und Enkel leben mit-ten unter uns und gehören dazu.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das interkulturelle und interreligiöse Miteinander, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Wirtschaft und Gesellschaft sind Schlüssel für ein erfolgreiches und menschliches Baden-Württemberg. Um diese politische Querschnittsaufgabe zu bewältigen, richten wir ein Integrationsministerium ein. Es geht um neuen Schwung und neue Initiativen. Es geht hier darum, einiges nachzuholen, was von unseren Vorgängern doch nur mit halber Kraft angefasst und betrieben wurde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Koalition wird von vielen inhaltlichen Übereinstimmungen, von gemeinsamen Zielen und Visionen für unser Land getragen. Doch Stuttgart 21 bleibt kontrovers. Wir haben uns jedoch auf ein gemeinsames Verfahren geeinigt. Beide Koalitionspartner werden sich daran halten.

(Lachen des Abg. Manfred Groh CDU – Abg. Manfred Groh CDU: Auch der Finanzminister? – Abg. Tanja Gönner CDU: Akzeptieren Sie das Ergebnis der Schlichtung?)

Wir haben festgestellt: Die Schlichtung zum Projekt Stuttgart 21 taugt durchaus als Blaupause für eine Politik des Gehörtwerdens. Sie hat auch gezeigt: Wir brauchen neue Formen der Bürgerbeteiligung und des Dialogs. Vor allem bei Infrastrukturmaßnahmen müssen die Bürger frühzeitig einbezogen werden, indem Alternativen ernsthaft abgewogen und keine informellen Vorentscheidungen getroffen werden.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Das letzte Wort haben die gewählten Organe oder das Volk direkt.

Wir werden aber die Bürgerinnen und Bürger anhören und in die Planungen einbeziehen,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

und zwar nicht erst dann, wenn im Grunde schon alles entschieden ist. Wir werden ihre Anliegen ernst nehmen und sorgfältig gegen die Interessen der Allgemeinheit abwägen, und wir werden dann in einem transparenten, gleichberechtigten und fairen Verfahren entscheiden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Die rechtlichen Rahmenbedingungen lassen schon heute Raum für eine intensivere Mitwirkung der Öffentlichkeit. Diesen Raum wollen wir nutzen.

Wir werden in einem ersten Schritt einen Leitfaden für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur erarbeiten. Dieser soll Methoden benennen, die dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Information und Mitgestaltung gerecht werden.

Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung sind Transparenz und frei zugängliche Information. Die digitalen Netze bieten dazu große Chancen. Sie eröffnen die Möglichkeit, dass sich Bürger und Staat auf Augenhöhe begegnen.

In einem umfassenden Informationsfreiheitsgesetz werden wir deshalb gesetzliche Regelungen treffen, damit Bürgerinnen und Bürger unter Beachtung des Datenschutzes grundsätzlich freien Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung erhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bei den bestehenden Elementen der direkten Demokratie geht es uns darum, Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Elemente auch praktisch angewendet werden können. Volksbegehren und Volksentscheid sind schon heute ein verbrieftes Recht in unserer Landesverfassung. Die formalen Hürden sind aber so hoch, dass es real noch nie dazu gekommen ist. Im Nachbarland Bayern fanden schon sieben Volksentscheide statt.

Wir werden diese Hürden abbauen:

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie denn?)

Für Volksbegehren sollen künftig weniger Unterschriften nötig sein. Die Unterschriften sollen über einen längeren Zeitraum auch auf der Straße und nicht nur in den Amtsstuben gesammelt werden können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie waren doch gegen die Volksabstimmung!)

Bei Volksabstimmungen wäre die Abschaffung des Zustimmungsquorums die richtige Entscheidung. So ist es in Ländern, in denen erfolgreich direkte Demokratie praktiziert wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich will deswegen an dieser Stelle ein offenes Wort an die Kolleginnen und Kollegen der CDU richten: Wir wissen natürlich, dass dieses Thema durch Stuttgart 21 aufgeladen ist. Aber mein dringender Appell an Sie lautet: Überlegen Sie sich Ihre Haltung wirklich noch einmal in Ruhe. Es geht nämlich nicht darum, uns einen Gefallen zu tun, sondern darum, den Menschen in unserem Land einen Gefallen zu tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ermöglichen Sie diesen eine realistische Option auf Mitsprache, auf direkte Demokratie.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr wollt die Regeln ändern! – Gegenruf von den Grünen: Genau!)

Wenn man sich nicht gleich an unserem bayerischen Nachbarland orientiert und die Quote bei den Volksabstimmungen

nicht gleich ganz abschafft, so wäre schon eine gewisse Anpassung an die Gepflogenheiten in den meisten anderen Ländern eine erhebliche Verbesserung. In Bayern, Hessen und Sachsen gibt es kein Quorum für einfache Gesetze, in Nordrhein-Westfalen wird ein Quorum von 15 % verlangt, in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz von 25 %, in Bremen von 20 %.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die FDP hat erklärt, eine Absenkung auf 20 % mitzutragen. Das begrüßen wir. Wir sind bereit, diese Idee aufzugreifen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mein Vorschlag an die Kolleginnen und Kollegen der CDU lautet: Einigen wir uns auf diese Quote. Dann sind wir einer zeitgemäßen Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen ein gutes Stück näher gerückt.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Auf kommunaler Ebene werden wir die direkte Demokratie ebenfalls stärken. In den Städten und Gemeinden werden wir die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide senken und zu mehr Themen Bürgerentscheide ermöglichen.

Außerdem soll dieses Verfahren auf die Landkreisebene ausgedehnt werden. Darüber hinaus führen wir dort die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte ein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch junge Menschen sollen mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Bereits im Alter von 16 Jahren soll bei Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht gelten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lade alle im Land dazu ein, diese neue Politik mit uns gemeinsam zu gestalten, die zentralen Herausforderungen mit uns gemeinsam zu meistern. Diese Einladung gilt auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg.

Lassen Sie uns nach Monaten des ungewohnt harten Schlagabtauschs und der Polarisierung

(Abg. Winfried Mack CDU: Das war heute aber auch polarisierend! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU – Gegenruf der Abg. Rosa Grünstein SPD: Ach Gott!)

zur konstruktiven Auseinandersetzung zurückkehren. Dafür hat dieses Parlament immer gestanden. Ich habe das immer zu schätzen gewusst. Denn dies ist ein Stil, der gut zu unserem Land passt. Er hat auch fraktionsübergreifenden Konsens ermöglicht, und er schließt eine harte Auseinandersetzung in der Sache nicht aus. Dies gehört zu einer lebendigen Demokratie, zu einem lebendigen Parlamentarismus.

Ich will sehr für diese Form der Politik werben. Ich hoffe und freue mich auf konstruktive Auseinandersetzungen, auf gute und gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohl des Landes Baden-Württemberg und seiner Menschen.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo!)

**Präsident Willi Stächele:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe damit Punkt 1 der Tagesordnung.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Bestellung des Ständigen Ausschusses und Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ständigen Ausschusses**

Gemäß Artikel 36 der Landesverfassung in Verbindung mit § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung haben wir den Ständigen Ausschuss zu bestellen sowie die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Ständigen Ausschusses zu wählen. Sie finden eine entsprechende Vorschlagsliste auf Ihren Tischen vor (*Anlage*).

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, darf ich feststellen, dass das Haus die in der Vorschlagsliste aufgeführten Damen und

Herren zu Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Ständigen Ausschusses wählt. – Es gibt keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 26. Mai 2011, um 9:30 Uhr statt. Tagesordnungspunkt 1 der morgigen Sitzung ist die Aussprache über die Regierungserklärung.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass sich der Ständige Ausschuss in einer Viertelstunde im Friedrich-Ebert-Saal zu seiner konstituierenden Sitzung trifft.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 11:21 Uhr**

## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion GRÜNE,  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP

### Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ständigen Ausschusses

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	GRÜNE	SPD	FDP/DVP
<b>Mitglieder:</b>			
Hitzler	Filius	Binder	Dr. Goll
Dr. Lasotta	Halder	Kopp	
Pauli	Lede Abal	Sakellariou	
Rau	Lindlohr	Stoch	
Rech	Sckerl	Wahl	
Schebesta			
Dr. Scheffold			
Zimmermann			
<b>Stellvertreter:</b>			
Beck	Frey	Bayer	Dr. Bullinger
Dr. Birk	Häffner	Drexler	Haußmann
Blenke	Hahn	Grünstein	Dr. Rülke
Brunnemer	Marwein	Haller-Haid	
Epple	Poreski	Heiler	
von Eyb	Raufelder	Rivoir	
Gurr-Hirsch	Salomon	Schmiedel	
Hauk	Schoch		
Herrmann	Schwarz		
Hillebrand	Sitzmann		
Hollenbach			
Jägel			
Klein			
Klenk			
Köbler			
Mack			
Müller			
Pröfrock			
Dr. Rapp			
Razavi			
Dr. Reinhart			
Röhm			
Rüeck			
Throm			

25. 05. 2011

Peter Hauk und Fraktion  
Edith Sitzmann und Fraktion  
Claus Schmiedel und Fraktion  
Dr. Hans-Ulrich Rülke und Fraktion